



Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

└ Geschäftsbericht 2013

Inhaltsverzeichnis

1 Vorwort des Vorstandes

Unternehmensdarstellung

2 Organigramm (Stand 01.12.2013)

Ergebnisse der Geschäftstätigkeit

4 Schlaglichter 2013

8 Das AfS im Jahr 2013

11 Meldungen zur amtlichen Statistik
jetzt online

12 Einbeziehung der Insolvenz- und
Sachverwalter sowie Treuhänder (I.S.T.)
in die Insolvenzstatistik

14 Die Statistische Woche 2013

14 Der neue Weg zu Daten –
das Statistische Informationssystem
Berlin-Brandenburg (StatIS-BBB)

15 Das Wahljahr 2013

17 Methodische Zusammenarbeit
der Statistischen Ämter des Bundes
und der Länder am Beispiel SAFE

19 Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
in Zahlen

Anhang

20 Bilanz/Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

22 Gewinn- und Verlustrechnung

24 Bericht des Verwaltungsrates

U3 Abkürzungsverzeichnis, Bildnachweis

Impressum

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3 a
14467 Potsdam
Telefon: 0331 8173-1777
E-Mail: info@statistik-bbb.de

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Redaktion: Dr. Heike Hendl

Druck: Fata Morgana, Berlin
Auflage: 200



Vorwort des Vorstandes

Ich freue mich, mit dem vorliegenden Geschäftsbericht auf ein erfolgreiches Jahr 2013 zurückzublicken. Auch wenn das vergangene Geschäftsjahr für die Beschäftigten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) nicht immer einfach war, haben die Kolleginnen und Kollegen alle Herausforderungen gemeinsam gemeistert und wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Gern nutze ich auch diesen Geschäftsbericht, um Ihnen einen kleinen Einblick in unsere tägliche Arbeit zu geben.

Die Durchführung der amtlichen Statistik für die Länder Berlin und Brandenburg – mit circa 280 gesetzlich angeordneten Statistiken – stand auch 2013 im Mittelpunkt unserer Tätigkeit. Darüber hinaus war und ist das AfS das Kompetenzzentrum für Statistik und statistische Methoden in der Region. In diesem Zusammenhang startete am 27. Februar 2013 eine neue Veranstaltungsreihe für die kommunalen Statistikstellen des Landes Brandenburg. Die nun jährlich stattfindende Informationsveranstaltung unterstützt die Zusammenarbeit mit den Statistikstellen und stellt aktuelle Entwicklungen in der amtlichen Statistik vor. Auch die Zusammenarbeit mit den Hochschulen konnte weiter ausgebaut werden. Eine gemeinsame Ringvorlesung zur amtlichen Statistik mit der Humboldt-Universität zu Berlin wurde durch unterschiedliche Referentinnen und Referenten des AfS gestaltet. Aufgrund des Erfolges der Veranstaltung wird diese ab sofort in jedem Wintersemester angeboten. Außerdem führte das AfS in Kooperation mit der Freien Universität Berlin Kurse zur „Datenanalyse mit Stata“, einer speziellen Statistik-Software, für Studierende verschiedener Fachrichtungen durch.

Anlässlich der Bundestagswahl am 22. September 2013 unterstützte das AfS sowohl die Landeswahlleiterin Berlin als auch den Wahlleiter des Landes Brandenburg bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung. Diese Aufgabe erledigt unser Haus auf der Grundlage des „Staatsvertrages zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Errichtung eines Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg“. Dazu zählte 2013 ebenfalls die Organisation des Volksentscheids „Neue Energie“ am 3. November 2013.

Das AfS engagierte sich darüber hinaus in länderübergreifenden Projekten. So wurde 2013 der „Zweite Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder“ veröffentlicht. Dieser enthält Auswertungen zum Stand der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bundesländern der Jahre 2005 bis 2011. Zusammengefasst wurden die enthaltenen Daten in einer Kooperation zwischen dem Landesbetrieb für Information und Technik Nordrhein-Westfalen und unserem Haus. Die Finanzierung erfolgte auf Beschluss der Integrationsministerkonferenz gemeinsam von allen 16 Bundesländern zu gleichen Teilen.

2013 war aber auch das offizielle Jahr der Statistik. Diesen Anlass nutzte das AfS, mithilfe einer neuen Rubrik „Aktuelles Thema“ auf unserer Internetseite verschiedenste Schwerpunkte der amtlichen Statistik näher zu beleuchten. So wurden unter anderem die regionale Bildungsberichterstattung und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe anhand informativer Kurzbeschreibungen und Grafiken vorgestellt. Darüber hinaus führte unser Haus am 13. November 2013 das wissenschaftliche Kolloquium „Die amtliche Statistik als Grundlage der Wirtschafts- und Sozialberichterstattung – langfristige Entwicklungslinien und Zukunftsperspektiven“ durch.

Wie bereits angedeutet, konnten diese Arbeiten nur durch den persönlichen Einsatz und das Engagement aller Beschäftigten des AfS erledigt werden. Oft wurden wir mit Herausforderungen konfrontiert, die nur mit viel Teamgeist lösbar waren. Gern nutze ich daher dieses Vorwort, um mich für diesen Einsatz bei allen Kolleginnen und Kollegen zu bedanken. Außerdem richtet sich mein Dank an unsere Kundinnen und Kunden sowie Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartner.

Potsdam, im August 2014

Rudolf Frees
Kommissarischer Vorstand
des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

Vorstand

Präsidentin

Frau Prof. Dr. Rockmann (P) 1000
(B) 3502

Geschäftsstelle Wahlen Berlin

Herr Baasen (B) 3633

Wahlen Brandenburg

Herr Stowasser (P) 1850
(B) 3622

Interne Revision, Qualitätsmanagement

Herr Koltzk (B) 3481

Frau Quaiser (P) 1004

Koordinierungsstelle Vorstandsangelegenheiten

Frau Gram (B) 3506
(P) 1002

Abteilung 1

Bildung und Soziales

Frau Seifert (C) 1100
Frau Kuchta stellv. (C) 1120

Referat 12

Haushaltserhebungen

Frau Kuchta (C) 1120

Referat 13

Vorschulische Bildung, Soziales
Rechtspflege

Herr Kuchta (C) 1130

Referat 14

Hochschule, Schule Brandenburg
Gesundheitswesen

Frau Hubrich (C) 1140

Referat 52

Schule Berlin, Bildungsanalysen

Herr Prof.
Dr. Rehkämper (B) 3716

Abteilung 2

Bevölkerung und Regionalstatistik

Herr Dr. Lohauß (B) 3339
Herr Bömermann stellv. (B) 3685

Referat 41

Bevölkerung, Wahlstatistik

Herr Paffhausen (B) 3862

Referat 51

Mikrozensus, Sozialberichte

Frau Nauenburg (B) 3697

Referat 54

Regional- und Kommunalstatistik,
Regionales Bezugssystem (RBS)

Herr Bömermann (B) 3685

Referat 55

Mikrodaten, Analysen,
Forschungsdatenzentrum

Frau Voshage (B) 3907

Abteilung 3

Wirtschaftsbereiche, Unternehmen

Frau Gruber (B) 3842
(P) 1300
Frau Langer stellv. (B) 3588

Referat 31

Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau,
Energie- und Wasserversorgung

Frau Ebel (B) 3396

Referat 32

Baugewerbe, Bautätigkeit

Frau Beeck (B) 3593

Referat 33

Handel, Gastgewerbe,
Tourismus, Außenhandel

Frau Langer (B) 3588

Referat 34

Unternehmensregister,
Gewerbeanzeigen, Insolvenzen

Herr Dr. Heymann (B) 3550
(P) 1340

Referat 35

Flächennutzung, Land- und
Forstwirtschaft, Fischerei

Herr Dr. Troegel (B) 3060

Referat 23

Dienstleistungen, Handwerk,
Verkehr

Herr Keiser (P) 1230

Abteilung 4

Gesamtwirtschaft

Herr Dr. Höhne (B) 3445
(P) 1200
Frau Seyer stellv. (P) 1210

Referat 21

Finanz- und
Personalstatistiken

Frau Seyer (P) 1210

Referat 22

Steuern

Herr Quaiser (P) 1220

Referat 24

Umwelt, Umweltökonomische
Gesamtrechnungen

Frau Orschinack (P) 1240

Referat 43

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen
Erwerbstätigkeit

Frau Dr. Kühn (B) 3740

Referat 45

Preise, Verdienste,
Arbeitskosten

Frau Zimmer (B) 3280

Projekt Zensus 2011 (Referat 44)

Herr Wenzel (B) 3810
(P) 1060

Herr Dr. Techen stellv. (B) 3343
(P) 1030

Herr Reuther (B) 1040
(P) 3830

Stellv. Vorstand

Vizepräsidentin

N.N.

(B) 3527

... Organigramm

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Anstalt des öffentlichen Rechts
Behlerstraße 3 a | 14467 Potsdam

Stand: 01.12.2013

Zentraler Service + Informationstechnik

ZS1 Zentraler Service

Frau Klemm (P) 1700
Frau Schenk stellv. (P) 1740

Referat 71

Personalservice

Frau Grabowski (P) 1710

Referat 72

Finanz- und Hausservice, KLR

Herr Michalsen (P) 1720

Referat 74

Recht

Frau Schenk (P) 1740

Referat 75

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Frau Dr. Hendl (P) 1750

Referat 76

Organisation

Frau Dr. Goppold (B) 3658

ZS2 Informationstechnik (IT)

Herr Kudell (P) 1600

Herr Frees (B) 3728

Referat 61

Zentrale Koordinierung

Frau Ehlert (B) 3721

Referat 62

Anwendungsbetreuung und
Querschnittsverfahren

Frau Pollner (P) 1620

Referat 63

Verfahrensentwicklung
Statistik

Herr Opitz (P) 1630

Referat 53

Veröffentlichungsservice

Herr Neubert (B) 3271
(m.d.W.d.G.b.) (P) 1530

Referat 64

IT-Systeme

Herr Hoffmann (B) 3706

Beschäftigtenvertretung

Personalratsvorsitzende

Frau Schoenecker (B) 3114

Schwerbehinderten-
vertretung

Frau Tietz (B) 3437

Gleichstellungs-
beauftragte

Frau Sawinsky (P) 1235

Datenschutzbeauftragter

Herr Frees (B) 3728
(P) 1860

Informationsservice:

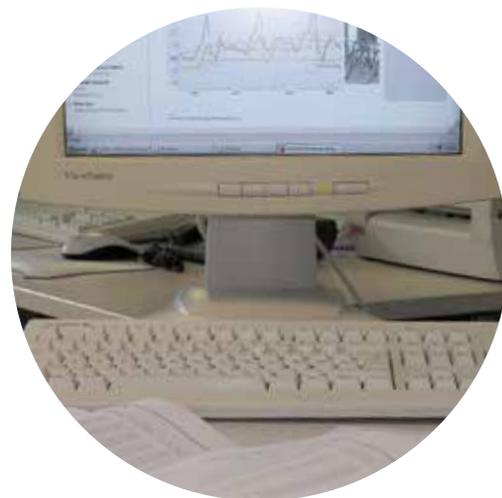
E-Mail: info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de
Telefon: 0331 8173-1777
Telefax: 030 9028-4091

Standort **Potsdam** (P):
Telefon: 0331 8173-NSt

Standort **Berlin** (B):
Telefon: 030 9021-NSt

Standort **Cottbus** (C):
Telefon: 0331 8173-NSt

Schlaglichter 2013



Eheschließungen und Scheidungen

Am 12.12.2012, einem Mittwoch, wurden in Brandenburg 275 Eheschließungen registriert, in Berlin 238. Im gesamten Jahr 2012 wurden in Berlin 13 222 und in Brandenburg 12 505 Ehen geschlossen. Demgegenüber standen 7 267 Scheidungen im Land Berlin sowie 5 031 geschiedene Ehen in Brandenburg.

Geburten

Im Jahr 2012 wurden in Brandenburg 18 482 Kinder geboren. In Berlin kamen 34 678 Kinder zur Welt. 2012 gab es 630 Mehrlingsgeburten in Berlin, darunter zwölf Mal Drillinge und ein Mal Vierlinge. 309 Mehrlingsgeburten waren es im Land Brandenburg, darunter sechs Mal Drillinge.

Erwerbstätigkeit

Im Jahr 2013 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin und Brandenburg weiter zu. In Berlin (als Arbeitsort) waren im Jahresdurchschnitt 2013 insgesamt 1 787 900 Personen erwerbstätig, in Brandenburg 1 070 500 Personen. Gegenüber dem Jahr 2012 wurde somit in Berlin ein Beschäftigungsanstieg von 1,9 Prozent erreicht. In Brandenburg ging die Beschäftigung um 0,3 Prozent zurück.

Schulanfängerinnen und -anfänger

Im August 2013 wurden in Berlin 29 967 Kinder eingeschult (+1 328 bzw. +4,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Die Zahl der vorzeitig eingeschulter Kinder („Antragskinder“) belief sich dabei auf 240, die Zahl der im Vorjahr zurückgestellten und nun nachträglich eingeschulter Kinder auf 3 098.

Im Land Brandenburg fanden 2013 insgesamt 19 725 Einschulungen statt, was im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme um 308 Einschulungen darstellt. Insgesamt wurden 322 Kinder vorzeitig und 2 317 verspätet eingeschult. In beiden Bundesländern wurden die meisten Kinder – jeweils 91 Prozent – an Grundschulen eingeschult.

Vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche

In Berlin befanden sich im Jahr 2013 insgesamt 2 268 Kinder und Jugendliche in sogenannten vorläufigen Schutzmaßnahmen, dazu zählt beispielsweise die Unterbringung der Kinder außerhalb der eigenen Familie. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Zahl um 61. Der Anteil der 14- bis unter 18-Jährigen belief sich 2013 auf 72 Prozent.

Im Jahr 2013 standen 1 459 Kinder und Jugendliche unter vorläufigem Schutz der brandenburgischen Jugendämter. Die Zahl verringerte sich gegenüber 2012 um 11 (1 470). Der Anteil der 14- bis unter 18-Jährigen an diesen Maßnahmen betrug 60 Prozent.

Wohnungsbestand

Erstmals liegen für Berlin und das Land Brandenburg fortgeschriebene Ergebnisse für Wohngebäude und Wohnungen auf Basis der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) im Rahmen des Zensus 2011 mit Stand 31. Mai 2013 vor. Für die Jahre 2011 und 2010 erfolgte eine Rückrechnung.

Danach gab es zum Jahresende 2012 in Berlin 1 899 335 Wohnungen; das waren 5 203 (0,3 Prozent) mehr als Ende 2011. Im Land Brandenburg waren es per 31.12.2012 1 286 970 Wohnungen; 0,4 Prozent bzw. 5 082 mehr als Ende 2011. Im Land Brandenburg sind 86,6 Prozent der 637 942 Wohngebäude Ein- und Zweifamilienhäuser; in Berlin nur 56,2 Prozent.

In der Reihe der 12 Berliner Bezirke hat Pankow die meisten Wohnungen, gefolgt von Mitte und Charlottenburg-Wilmersdor, die wenigsten haben Spandau und Reinickendorf. In allen Berliner Bezirken hat sich der Wohnungsbestand im Jahr 2012 geringfügig erhöht, die meisten Wohnungen kamen in Pankow und Treptow-Köpenick hinzu.

Von allen 14 Landkreisen und vier kreisfreien Städten im Land Brandenburg haben Ende 2012 die Landkreise Oberhavel und Potsdam-Mittelmark den höchsten Wohnungs-

Ergebnisse der Geschäftstätigkeit

bestand. Von den kreisfreien Städten verzeichnet Potsdam die meisten Wohnungen. Frankfurt (Oder) weist den geringsten Wohnungsbestand auf, bei den Landkreisen die Prignitz. In elf Landkreisen und Potsdam, Brandenburg an der Havel sowie Cottbus gab es Bestandszuwächse an Wohnungen, den höchsten im Landkreis Potsdam-Mittelmark (+1,0 Prozent). Bei den anderen drei Landkreisen und Frankfurt (Oder) überwogen die Wohnungsabgänge. Am höchsten fiel der Rückbau in Frankfurt (Oder) mit –206 Wohnungen (–0,6 Prozent) aus.

Industrie

Innerhalb des Jahres 2013 gingen die Umsätze der 333 Berliner Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 0,1 Prozent auf 21,7 Mrd. EUR zurück. Während die Auslandsumsätze um 1,3 Prozent auf 12,2 Mrd. EUR stiegen, verringerten sich die Umsätze im Inland um 1,8 Prozent auf 9,6 Mrd. EUR. Die Zahl der Beschäftigten nahm im Durchschnitt des Jahres um 0,9 Prozent ab. Unter den umsatzstärksten Branchen verlief die Entwicklung der Hersteller von Datenverarbeitungs-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (+5,7 Prozent) sowie der Pharmaindustrie (+3,9 Prozent) positiv. Dagegen meldeten die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen (–15,7 Prozent) deutliche Umsatzeinbußen. Auch im Maschinenbau (–2,9 Prozent) und in der Nahrungsmittelindustrie (–1,8 Prozent) waren die Umsätze rückläufig.

439 Brandenburger Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten verzeichneten 2013 gegenüber 2012 mit einem Ergebnis von 22,7 Mrd. EUR ein leichtes Umsatzminus von 0,1 Prozent. Während sich die Inlandsumsätze um 0,4 Prozent auf 15,8 Mrd. EUR erhöhten, verminderten sich die Umsätze aus den Auslandsgeschäften um 1,2 Prozent auf 6,9 Mrd. EUR. Die Zahl der Beschäftigten nahm im Durchschnitt des Jahres um 1,1 Prozent

auf 78 694 Personen ab. Höhere Jahresumsätze erwirtschafteten die Branchen chemische Industrie (+13,7 Prozent), Fahrzeugbau (+3,9 Prozent), Metallerzeugung und -bearbeitung (+4,3 Prozent), Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (+3,0 Prozent) sowie von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (+2,6 Prozent). Negative Jahresbilanzen ergaben sich dagegen in den produzierenden Wirtschaftsbereichen Datenverarbeitungs-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse (–45,9 Prozent), Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (–8,0 Prozent), Herstellung von Metallerzeugnissen (–5,7 Prozent) und Produktion von Papier, Pappe und Waren daraus (–2,3 Prozent).

Tourismus

Seit mehr als 10 Jahren in Folge meldet Berlin steigende Besucher- und Übernachtungszahlen. Mit 26,9 Mill. Übernachtungen im Jahr 2013 wurde das Ergebnis des Vorjahres um 8,2 Prozent übertroffen. Die Zahl der Gäste stieg im letzten Jahr auf 11,3 Mill. bzw. um 4,4 Prozent. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag bei 2,4 Tagen. Die Zahl ausländischer Gäste stieg um 5,1 Prozent auf nunmehr 4,3 Mill. (Inlandsgäste: 7,0 Millionen, +3,9 Prozent).

Mit knapp 11,5 Mill. Übernachtungen im Jahr 2013 hat Brandenburg seinen Rekord vom Vorjahr eingestellt (+0,3 Prozent). Die Zahl der Gäste stieg im gleichen Zeitraum auf 4,2 Mill. (+0,8 Prozent). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer sank geringfügig auf 2,7 Tage (2012: 2,8 Tage). Der Brandenburg-Tourismus wurde 2012, wie schon in den Vorjahren, von Gästen aus dem Inland bestimmt. Aus dem Ausland kamen 8,3 Prozent aller Gäste, insgesamt 350 600 (+1,1 Prozent).

Straßenverkehrsunfälle

In Berlin kam es 2013 zu 130 930 Straßenverkehrsunfällen, 0,1 Prozent mehr als im Jahr 2012 (130 782). Der unfallreichs-

te Monat war erneut der Oktober mit 12 316 gemeldeten Verkehrsunfällen (2012: Oktober mit 12 090 gemeldeten Verkehrsunfällen). Mitte blieb der unfallreichste der Berliner Bezirke (18 548 Unfälle).

Im Land Brandenburg kam es 2013 zu 81 165 Straßenverkehrsunfällen, 0,4 Prozent mehr als im Jahr 2012 (80 854). Der unfallreichste Monat war der Mai mit 7 178 gemeldeten Verkehrsunfällen (2012: Dezember mit 7 603 gemeldeten Verkehrsunfällen). Potsdam-Mittelmark blieb der unfallreichste Kreis (7 536 Unfälle).

Neuzulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge

Die Anzahl der in Berlin zugelassenen fabrikneuen Kraftfahrzeuge sank im Vergleich zum Jahr 2012 um 5 723 Kraftfahrzeuge (2013: 88 655) bzw. 6,1 Prozent. Im Jahr 2013 wurden 5 151 Personenkraftwagen (2013: 72 739), 213 Lastkraftwagen (2013: 10 518) und 442 Krafträder (2013: 3 778) weniger zugelassen. Einen Anstieg verzeichneten die Zugmaschinen mit 15,0 Prozent (2013: 1049).

Die Anzahl der in Brandenburg zugelassenen fabrikneuen Kraftfahrzeuge sank im Vergleich zum Jahr 2012 um 4 143 Kraftfahrzeuge (2013: 69 208) bzw. 5,6 Prozent. Im Jahr 2013 wurden 3 723 Personenkraftwagen (2013: 58 514), 244 Lastkraftwagen (2013: 7 662), 91 Krafträder (2013: 3 410) und 17 Zugmaschinen (2013: 2 651) weniger zugelassen.

Kraftfahrzeugbestand

Die Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge belief sich am 1.1.2014 in Berlin auf 1 352 561. Die überwiegende Mehrheit stellten dabei die Personenkraftwagen mit insgesamt 1 154 106 zugelassenen Fahrzeugen. Zudem waren in der Hauptstadt 82 771 Lastkraftwagen und 100 327 Motorräder gemeldet.

Zum 1.1.2014 waren im Land Brandenburg 1 629 582 Kraftfahrzeuge zugelassen. Darunter befanden sich 1 343 315 Personenkraftwagen, 117 610 Lastkraftwagen und 110 192 Motorräder. Der Landkreis mit den meisten zugelassenen Kraftfahrzeugen und den meisten Personenkraftwagen war Potsdam-Mittelmark.



Gewerblicher Luftverkehr

Auf den Großflughäfen in den Ländern Berlin und Brandenburg sind im Jahr 2013 insgesamt 226 392 Flugzeuge gestartet und gelandet, eine Abnahme von 1992 im Vergleich zum Vorjahr. Aufgeschlüsselt nach den beiden Flughäfen waren dies 168 500 Flüge in Berlin-Tegel und 57 892 in Schönefeld. Die Zahl der Fluggäste stieg um 1 058 493 auf 26 290 188, davon benutzten 19 576 465 Berlin-Tegel und 6 713 723 Schönefeld. Im Bereich des Fracht- und Postverkehrs wurden in Tegel 33 324 und in Schönefeld 7 384 Tonnen umgeschlagen, was eine Summe für beide Flughäfen von 40 708 Tonnen ergibt.

Kaufwerte für Bauland

Die Kauffälle für unbebautes Bauland lagen 2013 in Berlin bei 1 512 und gingen gegenüber dem Vorjahr zurück (-75). Dagegen wurde bei der Gesamtfläche des Baulandes (2 681 000 m²) und beim durchschnittlichen Kaufwert der Grundstücke (346,37 EUR/m²) ein Zuwachs erzielt. Bei baureifem Land wurden 1 335 Kauffälle verzeichnet (-79), der durchschnittliche Kaufwert betrug hier 421,03 EUR/m² und lag damit über dem Vorjahreswert. Am häufigsten wurden Grundstücke im Bezirk Marzahn-Hellersdorf veräußert bzw. erworben (341 Fälle), die wenigsten im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf (32).

Mit 6 106 Kauffällen für unbebautes Bauland ist diese Zahl im Land Brandenburg 2013 ebenfalls zurückgegangen (-344). Dabei wurde jedoch mehr Gesamtfläche (8 382 000 m²) als 2012 veräußert. Der durchschnittliche Kaufwert stieg auf 51,67 EUR/m². Zu einem Rückgang kam es auch beim baureifen Land. Insgesamt 5 699 Mal (-289) hat hier ein Grundstück den Besitzer gewechselt. Der Kaufwert betrug durchschnittlich 61,06 EUR/m². Die meisten Kauffälle traten im Landkreis Havelland auf (896), die wenigsten in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) (37).

Export

Im Jahr 2013 wurden von der Berliner Wirtschaft Waren im Wert von insgesamt 12,8 Mrd. EUR (-823 Mill. EUR) ausgeführt. In der Liste der Exportländer führten die USA (1,2 Mrd. EUR) das Ranking an, gefolgt von Frankreich (793 Mill. EUR) und der Russischen Föderation (773 Mill. EUR). Zu den wichtigsten Ausfuhrsgütern gehörten Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung (1,3 Mrd. EUR), pharmazeutische Erzeugnisse (1,2 Mrd. EUR) und Kraftmaschinen (1,0 Mrd. EUR).

Das Ausfuhrvolumen des Landes Brandenburg erreichte 2013 einen Gesamtwert von 13,1 Mrd. EUR (-212 Mill. EUR). Bei den Bestimmungsländern rangierten an erster Stelle die USA (1,8 Mrd. EUR) und im Weiteren Polen (1,6 Mrd. EUR) sowie Frankreich (1,4 Mrd. EUR). Zu den wichtigsten Exportgütern zählten Luftfahrzeuge (2,1 Mrd. EUR), pharmazeutische Erzeugnisse (2,0 Mrd. EUR) und Blech aus Eisen oder Stahl (809 Mill. EUR).

Import

Im Jahr 2013 belief sich die Wareneinfuhr in das Land Berlin auf insgesamt 9,9 Mrd. EUR (-129 Mill. EUR). Die Importe stammten dabei zu großen Teilen aus den USA (1,3 Mrd. EUR), Frankreich (838 Mill. EUR) und Italien (837 Mill. EUR). An der Spitze der importierten Güter standen Luftfahrzeuge (488 Mill. EUR), Kraftmaschinen (442 Mill. EUR) sowie Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung (419 Mill. EUR).

Das Land Brandenburg erreichten im Jahr 2013 Lieferungen im Gesamtwert von 18,6 Mrd. EUR. Zu den wichtigsten Herkunftsländern gehörten die Russische Föderation (6,3 Mrd. EUR), Polen (2,8 Mrd. EUR) und die USA (957 Mill. EUR). Importiert wurden vor allem Erdöl und Erdgas (6,4 Mrd. EUR), Luftfahrzeuge (2,0 Mrd. EUR) und pharmazeutische Erzeugnisse (553 Mill. EUR).

Ein Außenhandelssaldo auf Landesebene kann aufgrund der methodischen Unterschiede zwischen Export und Import nicht berechnet und dargestellt werden.

Das AfS im Jahr 2013

Das Jahr 2013 war das „Internationale Jahr der Statistik“. Diese Deklaration hatten die American Statistical Association, das Institute of Mathematical Statistics, die International Biometric Society, das International Statistical Institute, die Bernoulli Society und die Royal Statistical Society gemeinsam vorgenommen. Weltweit sollte damit die Bedeutung der Statistik für die Forschung in unterschiedlichsten Bereichen, für Politik und Verwaltung, für Wirtschaft, Medien und die breite Öffentlichkeit ins Bewusstsein gerufen, die Statistik gefeiert und gefördert werden. Das AfS band das Logo und die Idee in alle Aktivitäten ein. Gleichzeitig rief Deutschland das Wissenschaftsjahr 2013 „Die demografische Chance“ aus. Unser Referatsleiter Bevölkerung war ein im Schulunterricht mehrfach ge- und befragter Experte im Rahmen der Forschungsbörse, einer Internetplattform insbesondere für Schulen unter www.forschungsboerse.de. Besonders aktiv diskutierten die Schülerinnen und Schülern des Dathe-Gymnasiums in Berlin-Friedrichshain und des Gymnasiums im Leonardo da Vinci Campus in Nauen.

Auf Beschluss des Staatssekretärsausschusses für Verwaltungsmodernisierung im Land Berlin war im Jahr 2012 eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe Open Data unter Leitung der Wirtschaftsverwaltung eingerichtet worden, in der das AfS aktiv mitgewirkt hat. Unter Open Data wird die Bereitstellung von direkt (automatisiert) maschinenlesbaren Daten unter einer sogenannten offenen Lizenz verstanden. Der Testbetrieb für ein Datenportal des Landes Berlin begann im September 2011, zum Jahreswechsel 2012/13 wurde der Test- in einen Regelbetrieb unter daten.berlin.de überführt. Seit dem 1. September 2013 steht das Datenangebot des AfS im Internet unter CC-BY (offene Lizenz). Nutzerinnen und Nutzer können diese Daten des AfS damit jetzt auch für kommerzielle Zwecke verwenden.

Am 27. Februar fand am Standort Potsdam ein Fachgespräch mit den kommunalen Statistikstellen des Landes Brandenburg statt. Neben einem allgemeinen Austausch zur Zusammenarbeit zwischen AfS und den Statistikerinnen und Statistikern in den Städten und Gemeinden wurden verschiedene aktuelle Themen aus der Arbeit des



AfS vorgestellt. Ein Schwerpunkt waren Informationen zur geplanten Veröffentlichung erster Zensusergebnisse im Mai 2013 und die Auswirkungen auf die laufende Bevölkerungsstatistik. Ergänzend wurde das Zensusdatenangebot für abgeschottete Statistikstellen vorgestellt. Weitere Themen waren neue Entwicklungen in der Bautätigkeitsstatistik sowie die Vorstellung des Statistischen Informationssystems Berlin-Brandenburg (StatIS-BBB), der Datenbank im Internet des AfS. Es wurde vereinbart, diese erfolgreiche Veranstaltung im jährlichen Rhythmus fortzuführen.

Die Hochschule Osnabrück hatte das AfS gegen Kostenersatzung beauftragt, einen Einsteigerkurs für die Statistiksoftware Stata durchzuführen. An dem vom Referat Mikrodaten, Analysen, Forschungsdatenzentrum durchgeführten zweitägigen Kurs, vom 28. Februar bis 1. März, haben 27 Studierende teilgenommen. In dem Kurs wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein grundlegendes Verständnis der Statistiksoftware Stata vermittelt, um diese künftig selbstständig beim Anfertigen von wissenschaftlichen Abschluss- oder Qualifizierungsarbeiten und der Analyse komplexer Datenmengen anzuwenden. Anhand von CAMPUS-Files der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder lernten die Studierenden, wie Datenmanagement und deskriptive Analysen (Häufigkeitstabellen, Grafiken) mit Hilfe von Stata funktionieren. Zudem wurden erste Einblicke in Korrelations-, Regressions- und Panelanalysen gegeben.

Darüber hinaus führte das AfS in Kooperation mit der Statistischen Beratungseinheit der Freien Universität Berlin (fu:stat) im März und August einen jeweils zweitägigen Stata-Kompaktkurs durch. An den Kursen nahmen sowohl Studierende als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer Universitäten teil. In acht Lerneinheiten wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern das Arbeiten mit der

Statistiksoftware Stata, anhand von CAMPUS-Files der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, vermittelt.

Im AfS wurde der „Zweite Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011“ fertiggestellt. Beteiligt waren die Referate Mikrozensus, Sozialberichte und Veröffentlichungsservice. Der Bericht entstand im Auftrag der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren sowie in Kooperation mit IT.NRW. Der Bericht wurde auf der 8. Integrationsministerkonferenz im März verabschiedet und steht auf der Homepage des AfS zum Download zur Verfügung. Der zweite Bericht besteht, wie der erste, aus einem Ergebnis- und einem Tabellenband.

Die Machbarkeitsstudie „Klimaneutrales Berlin 2050“ wurde am 15. April in verschiedenen Workshops auf dem EUREF-Campus der TU Berlin in Schöneberg diskutiert. Im Workshop „Wirtschaft“ war u. a. die Referatsleiterin Handel, Gastgewerbe, Tourismus, Außenhandel dabei. Die Referatsleiterin Haushaltserhebungen referierte beim Workshop „Private Haushalte/Konsum“ zu den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008, insbesondere zur Ausstattung der privaten Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern und zu den Kosten des Energieverbrauchs.

Begleitend zur Förderung eines gemeinsamen deutsch-polnischen Arbeitsmarktes und der erreichten Arbeitnehmerfreizügigkeit wurde die Arbeitsgruppe Brandenburg-Lubuskie ins Leben gerufen. Von deutscher Seite steht die Arbeitsgruppe unter der Leitung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg. Die polnische Seite ist mit dem Marshallamt der Wojewodschaft, dem Arbeitsamt und dem Statistischen Amt vertreten. Das AfS ist Mitglied in dieser Arbeitsgruppe. Die Besprechungen finden in Zielona Gora bzw. Potsdam statt. Am 22. Mai wurden bei einer Besprechung in Potsdam u. a. die Themen „Aktuelle Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in Brandenburg und Lubuskie“, „Berufsausbildung und Arbeitsmarkt – Möglichkeiten der

deutsch-polnischen Kooperation“ und Fragen der Berufsanerkennung behandelt. Eine weitere Veranstaltung fand im November in Potsdam unter dem Titel „Strategische Ansätze zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“ statt. Der Direktor des Statistischen Amtes in Zielona Gora, Herr Roman Fedak, besuchte die Statistische Woche 2013 in Berlin.

Erste Ergebnisse des Zensus 2011 für die Länder Berlin und Brandenburg wurden bei einer Pressekonzferenz des AfS am 31. Mai veröffentlicht. Es wurden sowohl die amtlichen Einwohnerzahlen für Berlin und alle Brandenburger Gemeinden als auch die Anzahl der Wohnungen und der Gebäude mit Wohnraum zum Zensusstichtag 9. Mai 2011 veröffentlicht. Die Feststellungsbescheide zur amtlichen Einwohnerzahl wurden den Gemeinden Anfang Juni zugestellt.

Das AfS legte im Mai die nunmehr vierte Auflage des im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen Berlin erstellten Gender-Datenreports für Berlin vor. Anhand von Daten aus verschiedenen Themenfeldern wird die Situation der Frauen und Männer in Berlin betrachtet – im zeitlichen Vergleich und im Vergleich der Geschlechter. Der Bericht ist ein wichtiger Baustein im fortlaufenden Monitoring der Gleichstellungspolitik des Senats von Berlin und wird zum kostenfreien Download auf der Homepage des AfS angeboten.

Am 18. Juni gaben die Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Wanka und die Präsidentin des AfS Prof. Dr. Rockmann gemeinsam die „Kommunale Bildungsdatenbank“ unter www.bildungsmonitoring.de in einem feierlichen Akt frei. Diese Datenbank stellt ein umfassendes Angebot an Bildungsdaten aus verschiedenen Bereichen der amtlichen Statistik bereit. Auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte können Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik, der Schul-, Berufsbildungs- und der Hochschulstatistik bundesweit unentgeltlich abgerufen werden. Zusätzlich werden Daten zu den Rahmenbedingungen, in denen Bildungsprozesse stattfinden, angeboten.

Am 1. August trat das Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Kraft. Im Zuge dessen wurde das Bundesstatistikgesetz um den Paragraphen 11a erweitert. Dieser Paragraf verpflichtet Betriebe und Unternehmen gesetzlich zur elektronischen Übermittlung der Daten zu Bundesstatistiken an die Statistischen Ämter unter der Voraussetzung, dass elektronische Verfahren zur Verfügung stehen. Im AfS wurden Geschäftsprozesse neu organisiert, um so elektronische Verfahren standardisiert einsetzen zu können.

Am 23. August fand die Pressekonferenz „visitBerlin – 20 Jahre erfolgreiche Kongress- und Tourismuswerbung und Halbjahresbilanz 2013“ in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters, Klaus Wowereit, des Aufsichtsratsvorsitzenden von visitBerlin, Michael Zehden, sowie des Geschäftsführers von visitBerlin, Burkhard Kieker, im Deutschen Historischen Museum statt. Frau Prof. Dr. Rockmann betonte in ihrem Vortrag vor allem die gewachsene Internationalität des Berlin-Tourismus in den vergangenen 20 Jahren.

Am 5. September führte das Referat Mikrodaten, Analysen, Forschungsdatenzentrum in Zusammenarbeit mit dem Referat Schule Berlin, Bildungsanalysen eine Schulung bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen Berlin zu StatIS-BBB durch. Der Schwerpunkt dieser Schulung lag in der Erstellung von individuellen Auswertungen der seit August in StatIS-BBB zur Verfügung stehenden Berufsbildungsstatistik. Um den Umgang mit StatIS-BBB auch anderen Berliner und Brandenburger Verwaltungen nahe zu bringen, wird das AfS im Jahr 2014 eine umfassende StatIS-Schulung über die Verwaltungsakademie Berlin anbieten.



Am 20. September wurde StatIS-BBB bei der Statistischen Woche in Berlin vorgestellt. Im Mittelpunkt des Vortrages standen die Umsetzung der Geheimhaltung in StatIS-BBB sowie die kleinräumige Analyse der Daten des Berliner Einwohnerregisters.

Im Dezember wurde die Datenbank StatIS-BBB bei der Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service-Ost vorgestellt.

Am 22. September fand die Wahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages in Berlin und Brandenburg und am 3. November in Berlin der Volksentscheid über die Re-kommunalisierung der Berliner Energieversorgung statt. Das AfS hat eine Vielzahl von Arbeiten zu Vorbereitung und Durchführung erledigt, insbesondere die Ermittlung, Aufbereitung und Veröffentlichung der Wahlergebnisse in der Wahlnacht und nach Vorliegen der endgültigen Ergebnisse für beide Bundesländer. Außerdem führte das AfS die repräsentative Wahlstatistik durch und veröffentlichte diese.

Am 23. und 24. Oktober fand ein Upstream Dialog Visit-Besuch von Eurostat im AfS im Bereich der Finanzstatistiken statt. Es wurde der gesamte Prozess von der Datenentstehung bei den Auskunftspflichtigen, über die Lieferwege ins AfS bis hin zu den Arbeitsabläufen im Amt überprüft. Von besonderem Interesse war die Patenlandfunktion des AfS, mit der das AfS Koordinierungsfunktionen zwischen den Landesämtern bei den Finanzstatistiken wahrnimmt.

Ausgewählte Themen

Der Leiter der Abteilung Bevölkerung und Regionalstatistik und die Leiterin des Referats Mikrozensus, Sozialberichte nahmen im November am jährlichen Wissenschaftlichen Kolloquium des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Statistischen Gesellschaft unter dem Titel „Armutsmessung“ teil. Das AfS betreibt eine eigene regionale Sozialberichterstattung für die Metropolregion, dabei ist ein Schwerpunkt die Armutsmessung. Der Regionale Sozialbericht Berlin und Brandenburg ist auf der Homepage des AfS abrufbar.

Am Fachworkshop „Ziele und Indikatoren für die Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburg“ am 12. Dezember nahmen Abteilungs- und Referatsleiter des AfS teil. In einem Vortrag wurden die Möglichkeiten der Anwendung nationaler Nachhaltigkeitsindikatoren auf Brandenburg präsentiert. Im Anschluss ergaben sich Gespräche für eine Unterstützung der Landesregierung durch das AfS insbesondere bei der Datenbereitstellung und der Entwicklung eines Indikatorensystems für die Umsetzung der Maßnahmen der geplanten Landesnachhaltigkeitsstrategie Brandenburg.

Meldungen zur amtlichen Statistik jetzt online

Seit nunmehr fast zehn Jahren besteht für Betriebe, Unternehmen und öffentliche Stellen in allen Bundesländern die Möglichkeit, ihrer Meldeverpflichtung zu amtlichen Statistiken auch elektronisch via Internet nachzukommen. Hierfür wurden als eine Variante speziell für die jeweilige Statistik bundeseinheitlich entwickelte elektronische Fragebögen mit direkter Eingabe der Daten bereitgestellt, das Online-Meldeverfahren IDEV (Internet Datenerhebung im Verbund). Eine weitere Möglichkeit ist das Meldesystem eSTATISTIK.core (Common Online Rawdata Entry), bei dem die Daten via Schnittstelle direkt aus der betrieblichen Software des Unternehmens oder der öffentlichen Stelle verschlüsselt über das Internet übertragen werden.

Im Zuge der Einführung elektronischer Verwaltungsdienste – E-Government – wurde seit längerer Zeit ein weiterer Schritt zur verbindlichen Nutzung von Online-Verfahren in der amtlichen Statistik vorbereitet. Am 1. August trat dann das Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften in Kraft. In diesem Zusammenhang wurde u. a. das Bundesstatistikgesetz um einen Paragraphen erweitert: den Paragraphen 11a. Durch diesen neuen Paragraphen sind Betriebe und Unternehmen nunmehr gesetzlich verpflichtet, für die Übermittlung der Daten zu einer Bundesstatistik elektronische Verfahren zu nutzen. Voraussetzung ist natürlich, dass für die jeweilige amtliche Statistik ein elektronisches Verfahren zur Verfügung steht. Gesetzlich geregelt ist damit auch, dass von allen Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, die Daten mittels standardisierter elektronischer Datenaustauschformate zu übermitteln sind.

Diese gesetzlichen Neuregelungen erforderten im AfS eine zeitnahe Umsetzung bei gleichzeitig konzentriertem und abgestimmtem Vorgehen in allen Statistikreferaten. Es galt, Arbeitsaufgaben und -abläufe den neuen Bedingungen anzupassen bzw. diese völlig

neu zu gestalten. Die dafür notwendigen Voraussetzungen lieferte eine kurzfristig eingesetzte Arbeitsgruppe unter Federführung der Abteilung Wirtschaftsbereiche und Unternehmen, die aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der unterschiedlichsten Statistikreferate und dem Referat Recht bestand. Bereits im September wurden Handlungsempfehlungen, ein Leitfaden sowie zahlreiche Fallbeispiele erarbeitet. Damit war die Voraussetzung geschaffen, die in Paragraph 11a gesetzlich festgelegten, elektronischen Meldewege einheitlich und effizient in den Ländern Berlin und Brandenburg umzusetzen.

Unser Haus hat schon in den zurückliegenden Jahren immer wieder berichtspflichtige Betriebe und Unternehmen in Berlin und Brandenburg mit gezielten, vor allem schriftlichen Informationen zu elektronischen Meldeformen versorgt. Diese Werbung hatte bei den Auskunftgebenen zu den einzelnen Statistiken unterschiedliche Wirkung. Über die nun gesetzliche Verpflichtung wurden die Betriebe und Unternehmen schriftlich sehr kurzfristig in Kenntnis gesetzt. Ab dem Berichtsmonat September passte sich das bisherige Meldeverhalten in den einzelnen Statistiken den neuen Bedingungen schnell an. Hatte beispielsweise in der monatlichen Tourismusstatistik für Berlin und Brandenburg zusammen der Anteil elektronischer Meldungen mittels IDEV bisher bei 45 Prozent gelegen, stieg dieser für September auf 80 Prozent an und betrug zum Jahresende 97 Prozent. Bei der vierteljährlichen Verdiensterhebung hatten vor Inkrafttreten der elektronischen Meldepflicht fast 20 Prozent der Betriebe das Meldesystem eSTATISTIK.core genutzt und weitere 35 Prozent das IDEV-Verfahren. Diese Meldeform erreichte nunmehr ca. 79 Prozent, bei einem nahezu unveränderten Anteil der eSTATISTIK.core-Meldungen.

Der Paragraph 11a sieht ausdrücklich Ausnahmeregelungen vor, um sogenannte unbillige Härten zu vermeiden. Der jeweils verbleibende Anteil der Berichtspflichtigen hat eine zeitlich befristete Ausnahmegenehmigung und liefert die Daten in der bisherigen Papierform, was mit einem sehr hohen Verwaltungsaufwand verbunden ist.

Einbeziehung der Insolvenz- und Sachverwalter sowie Treuhänder (I.S.T.) in die Insolvenzstatistik

Die Insolvenzstatistik hat zum einen den Auftrag, den Ablauf der Gerichtsverfahren, unterschieden nach Schuldnergruppen und Verfahrensarten, zu beobachten und zum anderen die Höhe des volkswirtschaftlichen Schadens bzw. die Verringerung des Schadens festzustellen.

Seit Januar 2013 ist die Insolvenzstatistik um eine jährliche Erhebung über die Ergebnisse beendeter Insolvenzverfahren erweitert worden. Durch das Artikelgesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) vom 7.12.2011 (vgl. BGBl. 2011, Teil 1 Nr. 64, S. 2582) wurde in Artikel 7 das Insolvenzstatistikgesetz (Gesetz über die Insolvenzstatistik – InsStatG) mit einer Vielzahl von Neuerungen zum 1.1.2013 eingeführt.

Ziel der Reform der Insolvenzordnung war, im Interesse einer Verbesserung von Sanierungschancen zu erreichen, dass Schuldnerinnen und Schuldner und Gläubigerinnen und Gläubiger maßgeblich einbezogen werden und dass alle Beteiligten eine größere Planungssicherheit hinsichtlich des Ablaufs des Verfahrens erhalten. Schließlich wurde das Recht der Insolvenzstatistik neu geordnet, damit in Zukunft belastbare Angaben über die finanziellen Ergebnisse und den Ausgang von Insolvenzverfahren vorliegen.

Die für die neue Statistik erforderlichen Angaben werden von den Insolvenzverwaltern weitergeleitet. Die zuständigen Gerichte müssen nur noch die Vollständigkeit der Meldungen prüfen. Das wird zu einer Reduzierung der Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Gerichten führen. Die nun auskunftspflichtigen I.S.T. veranschlagten Kosten für die neue Informationspflicht zur Insolvenzstatistik in Höhe von 413 400 EUR. Die Statistischen Landesämter wurden im Gesetzgebungsverfahren nicht zum finanziellen Mehraufwand befragt. Dem AfS entstand mit der Einführung der neuen Erhebung ein erheblicher zusätzlicher Arbeitsaufwand, der vorerst nur durch einen kurzfristigen Einsatz zusätzlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewältigt werden konnte. Für die laufende Durchführung der neuen Statistik ab Januar 2014 wird jedoch zusätzliches Personal erforderlich.

Mit dem InsStatG sollen beantragte sowie beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung klarer statistisch abgebildet werden. Deshalb wurde mit dem neuen InsStatG die Erhebung neuer Merkmale angeordnet. Aus diesen können Aussagen über das Ergebnis der Insolvenzverfahren z. B. über den Sanierungserfolg abgelesen werden. Das InsStatG führt neben der bisherigen monatlichen Statistik über eröffnete Insolvenzverfahren eine neue jährliche Statistik ein. Die Auskunftspflicht für die laufende Insolvenzstatistik gestaltet sich jetzt zweistufig:

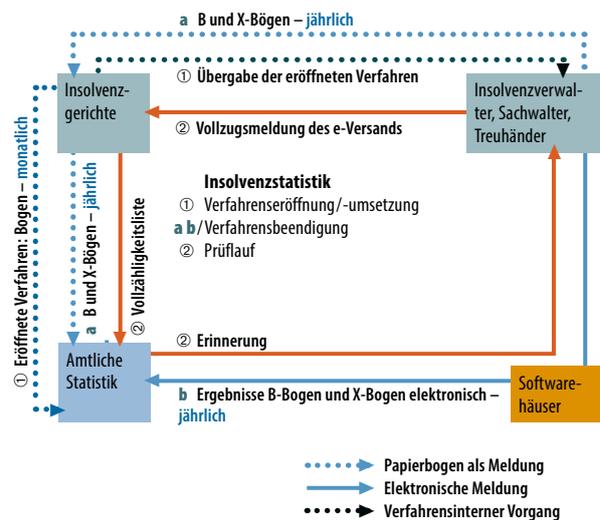
- Die Angaben über Verfahrenseröffnung liefern die Insolvenzgerichte monatlich an das AfS (zwölf Insolvenzgerichte im Land Berlin und vier im Land Brandenburg).
- Die Angaben über die beendeten Insolvenzverfahren und für die Erteilung der Restschuldbefreiung liefern die I.S.T. jährlich an das AfS. Die Insolvenzgerichte der beiden Länder übermitteln dem AfS eine Vollzähligkeitsliste der im Berichtsjahr beendeten Verfahren.

Bis 2012 lieferten die sechzehn Insolvenzgerichte der Länder Berlin und Brandenburg die monatlichen Meldungen über die eröffneten Verfahren in Papierform. Gegenwärtig wird in den Gerichten eine neue Verwaltungssoftware eingeführt, die in den nächsten Jahren eine Schnittstelle für die amtliche Statistik erhalten wird. Damit werden die Voraussetzungen für elektronische Meldungen geschaffen. Im Land Berlin wurde im Jahr 2013 parallel dazu ein Weg gefunden, die statistischen Meldungen für Verbraucherinsolvenzen aus einem bereits vorhandenen elektronischen Meldeweg zur Rechtshilfestatistik zu filtern und für die monatliche Insolvenzstatistik zu nutzen. Das Oberlandesgericht Brandenburg prüft die Möglichkeit, die gleiche Lösung auch in Brandenburg einzuführen.

Die I.S.T. haben für die Jahrerhebung zwei Möglichkeiten, die Merkmale (Meldebogen) an das AfS zu senden.

a Papierlieferung über die Amtsgerichte

Die zuständigen Amtsgerichte prüfen nur die Vollzähligkeit der eingehenden Meldungen. Dieser Meldeweg ist nur für den Versand von Papierfragebogen zulässig, wobei angestrebt wird, dass die Meldungen nur noch auf elektronischem Weg verschickt werden.



b Dateienlieferung per Online-Meldung

Für diesen Fall sollen die Daten nach bundeseinheitlichen Vorgaben des Statistischen Bundesamtes (StBA) elektronisch übermittelt werden. Hier wird auf der Grundlage einer Liefervereinbarung das Portal von eSTATISTIK.core des StBA für die Versendung eines einheitlichen Datensatzes an das AfS genutzt. Eine Abgabeformation für die Vollzähligkeitsliste erfolgt hier automatisch.

Die I.S.T., welche das von der amtlichen Statistik angebotene IDEV-Portal für die Eingabe der Meldung und den elektronischen Versand an das AfS nutzen, müssen die zuständigen Insolvenzgerichte wegen der Vollzähligkeitsliste über diesen Meldeweg informieren.

Für die monatliche Statistik der eröffneten Verfahren sowohl für Regel- als auch für einfache Insolvenzverfahren konnte von und für die Berliner Amtsgerichte ein elektronischer Meldeweg eröffnet werden, der seit Mitte 2013 erfolgreich eingesetzt wird. Für die Brandenburger Amtsgerichte ist gegenwärtig die Einrichtung eines eben solchen elektronischen Meldeweges in Vorbereitung.

Für die Nachlieferung im Rahmen der jährlichen Statistik haben die 300 auskunftspflichtigen I.S.T. der beiden Länder bis Ende März 2014 insgesamt über 16 400 Meldungen für Brandenburg und knapp 18 400 Meldungen für Berlin elektronisch oder über die Gerichte auf Papier geliefert.

Die erste turnusmäßige Jahreseerhebung für das Berichtsjahr 2013 über die beendeten Insolvenzverfahren begann im Januar 2014.

Die Statistische Woche 2013

2013, im Internationalen Jahr der Statistik, war die Stadt Berlin – insbesondere die Freie Universität Berlin (FU) – Gastgeber der Statistischen Woche. Die Statistische Woche ist ein bewährtes Forum für die akademische Statistik, die empirisch Arbeitenden in den Verbänden und Instituten, die Kommunalstatistik sowie die amtliche Statistik. Die Deutsche Statistische Gesellschaft führt diese Fachtagung in Zusammenarbeit mit dem Verband Deutscher Städtestatistiker und der Deutschen Gesellschaft für Demographie im jährlichen Wechsel in einer deutschsprachigen Stadt durch. Nach 1992 in Berlin und 2003 in Potsdam war die Statistische Woche damit erneut Gast in der Region. Die FU und das AfS gehörten 2013 zu den lokalen Organisatoren.

Eingeladen, an der Tagung teilzunehmen, waren Statistikerinnen und Statistiker aus allen Bereichen der Gesellschaft und Wissenschaft. Die Beiträge kamen aus allen aktuell diskutierten Fachgebieten der theoretischen und angewandten Statistik. Diese reichten von der statistischen Analyse hochdimensionaler Daten über Quantilsregression bis hin zu Small Area Estimation. Darüber hinaus wurden Forschungsergebnisse unter anderem zu den Themen Arbeitsmarkt und soziale Sicherung vorgestellt. Kolleginnen und Kollegen des AfS beteiligten sich in mehreren Themenblöcken mit eigenen Fachbeiträgen an den inhaltlichen Diskussionen der Statistischen Woche 2013.

So präsentierten sie in einer Session zum Thema Zensus 2011 mit zwei Vorträgen erste Ergebnisse und zeigten damit am Beispiel von regionalen Disparitätsanalysen in Brandenburg sowie Untersuchungen zur Religionszugehörigkeit das Analysepotenzial der Zensusdaten auf. Im Forum zur statistischen Aus- und Weiterbildung brachte sich das AfS außerdem mit einem eigenen Best-Practice-Beispiel zur Statistikausbildung an Hochschulen ein.

Ein weiterer Schwerpunkt der Statistischen Woche waren regionalstatistische Themen, zu denen das AfS in eigenen Beiträgen StatIS-BBB sowie seine regionale Sozialberichterstattung vorstellte. Der Referatsleiter Regional- und Kommunalstatistik, Regionales Bezugssystem des AfS leitete die Sitzung des Regionalausschusses.

Zwischen den Sessions informierten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem am Stand der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder über die Nutzung amtlicher Mikrodaten. Hier konnte zudem die Datenbank StatIS-BBB ausprobiert werden.

Zu den Höhepunkten der Statistischen Woche 2013 gehörte die unter Leitung des Vorstandes, Frau Prof. Dr. Rockmann, stattfindende Satellitenveranstaltung zum Thema Open Data. Anlässlich des Jahres der Statistik diskutierten in diesem Rahmen nationale und internationale Expertinnen und Experten Open Data-Strategien in der Bundesrepublik Deutschland sowie in Österreich und Großbritannien. Auch rechtliche Aspekte wurden thematisiert.

Die Satellitenveranstaltung wurde nicht nur von den eigentlichen Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern besucht, sondern auch von weiteren Personen aus Politik, Verwaltung und der Medien. Vor allem die abschließende Podiumsdiskussion zeigte, welche interdisziplinäre Aktualität das Thema hat.

Der neue Weg zu Daten – das Statistische Informationssystem Berlin-Brandenburg (StatIS-BBB)

Das AfS bietet mit StatIS-BBB eine interaktive Datenbank für individuelle tabellarische Auswertungen von amtlichen Daten der Länder Berlin und Brandenburg an. Die Daten werden kostenlos über das Internet und damit weltweit unter www.statistik-berlin-brandenburg.de/statis zur Verfügung gestellt und können sowohl fachlich als auch regional tief gegliedert abgerufen werden.

Mit StatIS-BBB können von jedem PC mit Internetzugang spezifische Tabellen nach eigenen Wünschen erstellt werden. Unterschiedliche Statistiken mit einer Vielzahl von Merkmalen und Ausprägungen stehen dafür bereit. Einen Überblick über die Auswertungspotenziale der Statistiken bieten die sogenannten Standardtabellen, die für die Statistiken in StatIS-BBB abgerufen werden können. Die Standardtabellen können darüber hinaus selber bearbeitet und individuell angepasst werden. Die in StatIS-BBB angebotene Exportfunktion ermöglicht die Umwandlung der erstellten Tabellen in gängige Datenformate wie z. B. Excel. Angemeldete Nutzerinnen und Nutzer können die eigens erstellten Auswertungen sogar direkt im Datenbanksystem abspeichern, wieder aufrufen und bearbeiten. Die Nutzeranmeldung erfolgt kostenlos über StatIS@statistik-bbb.de.

Das Jahr 2013 stand vor allem im Zeichen des Ausbaus und der Erweiterung der Datenbank. Zum einen äußerte sich das in der Aktualisierung bereits vorhandener Statistiken. Neue Berichtsjahre wurden beispielsweise für die Einwohnerregisterstatistik Berlin bereitgestellt. Für die Länder Berlin und Brandenburg sind die aktuellen Daten der Hochschulstatistik und des Mikrozensus abrufbar. Die umfangreiche Berufsbildungsstatistik ist seit August abrufbar. Diese umfasst Daten zu Auszubildenden, Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, Ausbilderinnen und Ausbildern, Ausbildungsberaterinnen und -beratern und Teilnehmerinnen und Teilnehmer an betrieblicher Berufsausbildungsvorbereitung. Diese Daten sind nicht mehr – wie bisher – einem Statistischen Bericht mit jährlicher Veröffentlichung zu entnehmen, sondern sind dynamisch über StatIS-BBB recherchierbar. Für die komplexen Daten zu den Auszubildenden wurden als Unterstützung für die Nutzerinnen und Nutzer zahlreiche Standardtabellen in Anlehnung an die früher veröffentlichten Statistischen Berichte abgelegt.

Eine weitere neue Statistik in StatIS-BBB ist die Pflegestatistik, online seit November. Sie ermöglicht Auswertungen über die Pflegeeinrichtungen und deren verfügbare Plätze, über das Personal sowie über die Pflegebedürftigen in den Pflegeeinrichtungen der Länder Berlin und Brandenburg.

Im Jahr 2013 fand ebenfalls eine vollständige Überarbeitung des Internetauftrittes von StatIS-BBB statt. Zum einen wurde das Layout an das des AfS angepasst. Zum anderen gibt die StatIS-BBB-Internetseite nun detaillierte Auskunft über das, was in StatIS-BBB passiert. Durch die Rubriken Erläuterungen, Aktuelles und FAQs sind nun mehr und vor allem klar strukturierte Informationen zu der Datenbank enthalten.

Die Statistiken in StatIS-BBB sind nach folgenden Sachgebieten gruppiert: Bevölkerung, Bildung und Kultur, Handel, Gastgewerbe und Tourismus, Öffentliche Sozialleistungen sowie Wahlen.

Eine ausführliche Hilfedatei gibt Hinweise in Schrift und Bild zu der Bedienung von StatIS-BBB und beinhaltet darüber hinaus eine Kurzanleitung zur Erstellung von Tabellen mit Hilfe der Datenbank.

Die StatIS-BBB-Datenbank wurde der Öffentlichkeit bei verschiedenen Gelegenheiten vorgestellt, z. B. bei Fachgesprächen mit Brandenburger Statistikstellen im Februar, bei Workshops für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner und Brandenburger Landesverwaltungen sowie bei der Statistischen Woche im September.

Das Wahljahr 2013

Im Jahr 2013 galt es, am 22. September die Wahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages in Berlin und Brandenburg und am 3. November in Berlin den Volksentscheid über die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung zu organisieren. Das AfS hat ein breites Aufgabenspektrum bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen in den Ländern Berlin und Brandenburg. Eine Kernaufgabe des AfS besteht in der Ermittlung, Aufbereitung und Veröffentlichung der Wahlergebnisse in der Wahlnacht und nach Vorliegen der endgültigen Ergebnisse für beide Bundesländer.

Eine weitere Aufgabe des AfS ergibt sich daraus, dass die Geschäftsstelle der Berliner Landeswahlleiterin, Frau Dr. Petra Michaelis-Merzbach, im AfS angesiedelt ist. Gleichzeitig ist Frau Prof. Dr. Ulrike Rockmann – im Jahr 2013 Präsidentin des AfS – stellvertretende Landeswahlleiterin für Berlin. Die Zuständigkeit der Geschäftsstelle

bei der Organisation von Wahlen und Abstimmungen im Land Berlin reicht von der Prüfung der von den Parteien eingereichten Unterlagen und der Öffentlichkeitsarbeit für die Landeswahlleiterin über die Fortschreibung des Internetangebotes, der Beschaffung der Wahlmaterialien, wie zum Beispiel der Stimmzettel und der Wahlbenachrichtigungen, bis hin zur Werbung der Hälfte der in Berlin eingesetzten ca. 18 000 Wahlhelferinnen und -helfer.

Das AfS stellt darüber hinaus das IT-System, mit dem die Berliner Bezirkswahlämter ihre jeweiligen Wählerverzeichnisse führen, Briefwahlanträge bearbeiten sowie ihre Wahllokale und Wahlhelfenden verwalten, bereit. Im Jahr 2013 wurde das bis dahin dezentral arbeitende IT-System durch ein zentrales abgelöst. Gemeinsam mit dem ITDZ Berlin wurde diese komplexe Umstellung vorgenommen. Schon zur Bundestagswahl im September war die zentralisierte Infrastruktur funktionstüchtig. Die Wählerverzeichnisse mit ca. 2,5 Mill. Wahlberechtigten in Berlin, die ca. 542 000 Briefwahlanträge, 1 709 Wahllokale sowie 18 000 Wahlhelferinnen und -helfer konnten damit verwaltet werden.

Das Jahr 2013 begann mit dem Volksbegehren über die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung. Zwischen 11. Februar und 10. Juni konnten die Berlinerinnen und Berliner eine Unterschrift für das Volksbegehren leisten. Die Geschäftsstelle Wahlen sorgte im Auftrag der Berliner Landeswahlleiterin unter anderem für die Erstellung der gesamten Materialien, die Öffentlichkeitsarbeit und die Ermittlung des Ergebnisses. Ende Juni stellte die Berliner Landeswahlleiterin das endgültige Ergebnis des Volksbegehrens zusammen. Das Volksbegehren war erfolgreich und der Senat legte den Termin für den Volksentscheid auf den 3. November.

Parallel zum Volksbegehren begannen im Frühjahr 2013 in Berlin und in Brandenburg die Vorbereitungen für die Bundestagswahl am 22. September. Im Land Brandenburg hat das AfS dafür die Organisation der Ergebniserfassung in den ca. 200 Brandenburger Ämtern und amtsfreien Gemeinden sowie in den 14 Landkreisen und vier kreisfrei-



en Städten zusammen mit den Zuständigen vor Ort neu konzipiert und vereinheitlicht. Als ersten Schritt initiierte das AfS die Anbindung aller Brandenburger Gemeinden an das Landesverwaltungsnetz Brandenburg. Damit war die Grundlage für einheitliche Abläufe im gesamten Land geschaffen.

Am Wahltag begannen die Wahlvorstände in den Berliner und Brandenburger Wahllokalen und Briefwahlbezirken unmittelbar nach dem Ende der Wahlzeit um 18 Uhr mit der öffentlichen Stimmenausszählung. Die Wahlvorstände meldeten dann ihre Ergebnisse an die zuständigen Gemeinden, in Berlin an die Bezirkswahlämter. Dort wurden die Daten in den Computersystemen erfasst und elektronisch an das AfS übertragen. Das AfS präsentierte der Öffentlichkeit bereits um 19:20 Uhr erste Ergebnisse der Bundestagswahl im Internet.

Kurz nach Mitternacht übermittelte das AfS dem Bundeswahlleiter jeweils die vorläufigen Ergebnisse der Wahlen in Berlin und Brandenburg. Dokumentiert wurden die Ergebnisse der Bundestagswahl in umfangreichen statistischen Berichten, die am Tag nach der Wahl in Pressekonferenzen in Berlin und Potsdam mit den Landeswahlleitern der beiden Länder vorgestellt wurden. Diese Berichte hatten einen Umfang von 70 bis 90 Seiten und enthielten neben detaillierten Ergebnissen in tabellarischer Form, Karten und Grafiken sowie kommentierende Texte und Auswertungen.

Der Volksentscheid in Berlin fand dann am 3. November – also nur sechs Wochen nach der Bundestagswahl – statt. Das AfS und die Berliner Bezirkswahlämter hatten außerordentlich wenig Zeit, den Volksentscheid zu organisieren. Betrachtet man den Aufwand für die Organisation eines Volksentscheids im AfS, so ist dieser ohne Weiteres vergleichbar mit dem für die Organisation einer Wahl: Von der Benachrichtigung aller Stimmberechtigten über die Briefabstimmung bis hin zur Abstimmung in den Wahllokalen

sowie Ergebnisermittlung und -bekanntgabe muss der Ablauf detailliert geplant sein. Das Interesse der Berliner Medien an dieser Volksentscheid war so hoch, dass das AfS seine Türen für Journalistinnen und Journalisten in der Wahlnacht öffnete. Dieser Einladung folgten eine ganze Reihe von Medien, darunter der rbb, der für Rundfunk und Fernsehen direkt aus dem AfS sendete.

Zum Abschluss des Wahljahres am 4. Dezember präsentierte Frau Prof. Dr. Rockmann die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik der Bundestagswahl für Berlin und Brandenburg im Berliner Rathaus im Rahmen der Vorstellung der Statistischen Jahrbücher für beide Länder. Die repräsentative Wahlstatistik gibt Aufschluss über Wahlbeteiligung und Stimmenabgabe von Männern und Frauen unterschiedlicher Altersgruppen. Dazu wurden für die Bundestagswahl in den beiden Ländern jeweils ca. 150 000 Stimmzettel, die mit einem Unterscheidungsaufruf für Geschlecht und fünf Altersgruppen versehen waren, ausgewertet.

Methodische Zusammenarbeit der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder am Beispiel SAFE

Die amtliche Statistik ist in vielen Bereichen mit dem Problem konfrontiert, dass ihre methodischen Grundlagen keine Standardlösungen sein können, sondern oft erst in Zusammenarbeit der Statistischen Ämter entwickelt werden müssen. Diese Zusammenarbeit ermöglicht es, die Probleme für alle gemeinsam ressourcensparend zu lösen. Voraussetzung dafür ist eine aktive Beteiligung aller.

Eine solche gemeinsam zu lösende Aufgabe ist die konsequente Umsetzung der statistischen Geheimhaltung. Entsprechend den gesetzlichen Regelungen des Bundesstatistikgesetzes (BStatG, §16) sichern die statistischen Ämter jeder/jedem Auskunftspflichtigen zu, dass ihre/seine Angaben vertraulich behandelt werden und aus deren Veröffentlichungen nicht auf ihre/seine Einzelangaben zurückgeschlossen werden kann. Dieser Ansatz hilft, die Auskunftsbereitschaft hoch zu halten und so die Datenqualität zu sichern.

Während vor einigen Jahren diese Aufgabe noch manuell gelöst werden musste, werden zunehmend IT-Lösungen eingesetzt. Gerade vor dem Hintergrund der Bereitstellung großer Datenmengen im Internet, gewinnt die automatisierte Datenbereitstellung immer mehr an Bedeutung. Für das AfS bestand hier schon länger der Bedarf nach einer IT-Lösung, da kommunalstatistische Aufgaben wie die automatische Bereitstellung von Auswertungen aus dem Berliner Einwohnerregister gelöst werden mussten. Mit dem Einwohnerregister wird im AfS eine große Menge von Daten vorgehalten, die regelmäßig um aktuelle Daten ergänzt wird. Diese Daten sollen zeitnah und mit möglichst geringem Aufwand unter Wahrung der statistischen Geheimhaltung – wie im BStatG, § 16 festgeschrieben – den Nutzerinnen und Nutzern präsentiert werden. Manuell ist das nicht leistbar. Deshalb wurde im AfS das Verfahren SAFE (Sichere Anonymisierung für Einzeldaten) entwickelt und programmiert. Dieser methodisch neue Ansatz, die Anonymisierung bereits auf der Ebene der Einzeldaten durchzuführen, ermöglichte eine völlig neue Form der Datenpräsentation. Es müssen nicht mehr alle Auswertungen einzeln auf entsprechende Risiken der Offenlegung von Einzelinformationen geprüft werden, sondern ein anonymisierter Gesamtbestand an Daten wird automatisiert erstellt. Dieser Datenbestand kann dann flexibel ausgewertet werden, die Geheimhaltung ist ohne Handarbeit gewährleistet. Damit eröffnete sich erstmals in der amtlichen Statistik Deutschlands die Möglichkeit, Einzeldaten in Datenbanken einzuspeichern und über das Internet den Nutzerinnen und Nutzern zur eigenen Auswertung anzubieten. Seit dem Jahr 2000 werden die im Berliner Einwohnerregister gespeicherten Daten mit Hilfe dieser Software anonymisiert. Dadurch sind Datenrecherchen wie z. B. Sonderauswertungen im Zusammenhang mit Kundenanfragen sehr rasch und komfortabel durchführbar. Die notwendige statistische Geheimhaltung erfolgt automatisiert, nicht mehr manuell. Das AfS hat im Jahr 2010 mit dem Aufbau der Datenbank StatIS-BBB begonnen. Dadurch wurde der nächste Schritt möglich: Mit dem Einspielen der mit SAFE anonymisierten Daten aus dem Einwohnerregister Berlin haben die

Nutzerinnen und Nutzer erstmals die Möglichkeit, ihren Informationsbedarf aus diesen – mit der Geheimhaltung versehenen – Einzeldaten selbst abzudecken und Auswertungen dynamisch zu erzeugen.

Damit diese elegante und IT-basierte Lösung zur Realisierung der Geheimhaltung auch Anderen mit gleich gelagerter Problematik zugute kommen kann, wurde SAFE in die Software des KOSIS-Verbundes (Kommunales Statistisches Informationssystem) eingebunden. Damit ist auch die Datenrecherche im Städte-Verbund KOSIS erheblich einfacher, schneller und flexibler möglich.

Mit den im Rahmen des Zensus 2011 bundesweit erhobenen Daten eröffnete sich ein neues Aufgabenfeld für SAFE. Das AfS nahm die erforderlichen Anpassungen und Erweiterungen der Software vor. So stand für die Präsentation der Daten in der Auswertungsdatenbank im Jahr 2013 das Verfahren SAFE für die statistische Geheimhaltung der bundesweiten Einzeldaten des Zensus 2011 bereit. Auch beim zweiten Veröffentlichungstermin im Jahr 2014 wird SAFE verwendet.

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ... in Zahlen

	31.12.2013	31.12.2012
Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt	485	590
Weiblich	376	439
Männlich	109	151
Umsatzerlöse in 1000 EUR	241	146
Sonstige betriebliche Erträge in 1000 EUR	34 600	38 942
Personalkosten in 1000 EUR	24 597	27 658
Anzahl der Servicevereinbarungen	29	27
Dezentrale Bundesstatistiken	209	215
darunter Bundesstatistiken aufgrund von EU-Gesetzen	96	98
Koordinierte Länderstatistiken	14	14
Sonstige Statistiken	42	44
Anzahl der verschiedenen Statistischen Berichte	ca. 270	ca. 270
Anzahl der Abonnements des Newsletters für Statistische Berichte	974	961
Anzahl der verschiedenen Online-Tabellen	161	166
Anzahl der Abonnements des Newsletters für Online-Tabellen	183	183
Anzahl der Pressemitteilungen	363	405
Anzahl der Abonnements des Newsletters für Pressemitteilungen	1 453	1 374
Anzahl der parlamentarischen Anfragen	31	25
Anzahl der Kolloquien	9	12
Investitionen in 1000 EUR	53	186
Jahresüberschuss/Jahresverlust in 1000 EUR	1 169	307
Bilanzsumme in 1000 EUR	10 690	15 046



Anhang

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Anstalt öffentlichen Rechts, Potsdam
Bilanz zum 31. Dezember 2013

AKTIVSEITE	31.12.2013		Vorjahr
	EUR	EUR	TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	<u>146.038,00</u>		<u>204</u>
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	<u>93.364,00</u>		<u>123</u>
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>174.429,00</u>		<u>226</u>
		267.793,00	349
III. Finanzanlagen			
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	<u>2.000.000,00</u>		<u>2.000</u>
		<u>2.000.000,00</u>	<u>2.000</u>
		2.413.831,00	2.553
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	14.276,24		36
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>265.965,83</u>		<u>193</u>
		280.242,07	229
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		7.782.856,53	11.452
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		<u>212.638,14</u>	<u>238</u>
		8.275.736,74	11.919
D. NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG		0,00	574
		10.689.567,74	15.046

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Anstalt des öffentlichen Rechts, Potsdam, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den

deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

PASSIVSEITE	31.12.2013		Vorjahr
	EUR	EUR	TEUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Verlustvortrag		(573.984,58)	(881)
II. Jahresüberschuss		1.169.383,33	307
III. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00	574
		595.398,75	0
B. SONDERPOSTEN FÜR ZUWENDUNGEN		114.993,91	194
C. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.860.020,00		3.791
2. Sonstige Rückstellungen	2.084.577,47		2.244
		4.944.597,47	6.035
D. VERBINDLICHKEITEN			
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	54.548,05		89
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.985.346,93		2.526
3. Sonstige Verbindlichkeiten	1.994.682,63		6.202
- davon aus Steuern: EUR 9.444,42 (Vj: TEUR 17)			
		5.034.577,61	8.817
		10.689.567,74	15.046

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung

vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grund-

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Anstalt öffentlichen Rechts, Potsdam
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013

	31.12.2013		Vorjahr
	EUR	EUR	TEUR
1. Umsatzerlöse		241.029,71	146
2. Sonstige betriebliche Erträge		34.599.542,98	38.942
3. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	(20.306.468,83)		(22.312)
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung – davon für Altersversorgung: EUR 646.007,87 (Vj.: TEUR 1.021)	(4.290.731,21)		(5.346)
		(24.597.200,04)	(27.658)
4. Abschreibungen			
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(191.108,43)		(247)
		(191.108,43)	(247)
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		(8.772.789,84)	(10.786)
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge – davon aus der Aufzinsung: EUR 84.664,93 (Vj.: TEUR 53)		90.164,93	94
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen – davon aus der Aufzinsung: EUR 201.975,00 (Vj.: TEUR 184)		(201.975,00)	(184)
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.167.664,31	307
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.936,02	0
10. Sonstige Steuern		(217,00)	0
11. Jahresüberschuss		1.169.383,33	307
12. Verlustvortrag		(573.984,58)	(881)
13. Bilanzgewinn/-verlust		595.398,75	(574)

sätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 28. Mai 2014
Rödl & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

gez. Schröder
Wirtschaftsprüfer

gez. Fischl
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat hat im Geschäftsjahr 2013 drei reguläre Verwaltungsratssitzungen durchgeführt. Im Rahmen der Sitzungen wurde der Verwaltungsrat vom Vorstand regelmäßig über den Verlauf der Geschäfte, die wirtschaftliche Lage und die wesentlichen Geschäftsvorgänge der Anstalt unterrichtet.

Da die Amtszeit von Vorstand und Stellvertreter am 28.02.2014 endeten, wurde im April 2013 das Verfahren für die Neubesetzung der beiden Positionen initialisiert. In diesem Zusammenhang fanden neun weitere Sitzungen des Verwaltungsrates statt.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 und der Lagebericht wurden unter Einbeziehung der Buchführung von der Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und sind mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Prüfung gemäß § 53 Abs. 1 HGrG hat seitens der

Abschlussprüfer ebenfalls zu keinen Einwendungen geführt.

Die Abschlussunterlagen sowie die Prüfungsberichte wurden dem Verwaltungsrat vorgelegt und vom Abschlussprüfer ausführlich erläutert. Nach eingehender Prüfung und gründlicher Aussprache wurden der Jahresabschluss zum 31.12.2013 und der Lagebericht vom Verwaltungsrat festgestellt und der Vorstand für das Geschäftsjahr 2013 entlastet.

Neben der Erledigung der Aufgaben im Tätigkeitsfeld Amtliche Statistik hatten die Unterstützungsleistungen für die Wahl- und Abstimmungsleiter der Länder Berlin und Brandenburg bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Wahlen zum Deutschen Bundestag für das AfS hohe Priorität. Im Oktober 2013 führten Vertreter von Eurostat im Rahmen ihrer Upstream Dialog Visits eine Vorortbegehung



Herr **Kurt Kliem**,
Abteilungsleiter, Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin; Vorsitzender des Verwaltungsrates seit dem 08.10.2012 (Mitglied des Verwaltungsrates seit dem 01.09.2012)



Herr **Hans-Werner Michael**, Referatsleiter, Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates seit dem 29.06.2011 (Mitglied des Verwaltungsrates seit dem 21.06.2011)



Frau Dr. **Maria Abel**,
Leiterin der Abteilung VD Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin (Mitglied des Verwaltungsrates seit dem 10.12.2013)

im Referat Finanz- und Personalstatistiken durch. Der Verwaltungsrat hat sich im Laufe des Jahres 2013 regelmäßig über den Arbeitsstand und die Arbeitsschwerpunkte in den Tätigkeitsbereichen des AfS unterrichten lassen.

Der Verwaltungsrat dankt der Präsidentin für die gute Zusammenarbeit und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg für ihre Arbeit.

Berlin, den 03. Juli 2014



Kurt Kliem

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Der Verwaltungsrat



Frau **Iris Lübke**, Referatsleiterin, Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Mitglied des Verwaltungsrates seit dem 01.09.2012)



Frau **Sabine Pinske-Bieber**, Abteilungsleiterin, Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin (Mitglied des Verwaltungsrates bis zum 10.12.2013)

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
AfS	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BStatG	Bundesstatistikgesetz
CC-BY	Creative Commons Namensnennung
eSTATISTIK.core	Common Online Rawdata Entry
ESUG	Artikelgesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen
EUR	Euro
EUREF	Europäisches Energieforum
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Union
FAQ	Frequently Asked Questions
FU	Freie Universität
fu:stat	Statistische Beratungseinheit der Freien Universität Berlin
GWZ	Gebäude- und Wohnungszählung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätze-gesetz
IDEV	Internet Datenerhebung im Verbund
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
InsStatG	Gesetz über die Insolvenzstatistik
I.S.T.	Insolvenzverwalter, Sachverwalter und Treuhänder
IT	Informationstechnik
ITDZ Berlin	Informationstechnik-Dienstleistungszentrum Berlin
IT.NRW	Landesbetrieb für Information und Technik Nordrhein-Westfalen
KOSIS	Kommunales Statistisches Informationssystem
Mill.	Millionen
Mrd.	Milliarden
SAFE	Sichere Anonymisierung für Einzeldaten
StatIS-BBB	Statistisches Informationssystem Berlin-Brandenburg
StBA	Statistisches Bundesamt
TU	Technische Universität

Bildnachweis

Seite 24 alle privat
U3 beide privat
Alle anderen Fotos stammen aus dem Bildarchiv des AfS.



Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3 a
14467 Potsdam

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Geschäftsbericht 2013

Büros
zu vermieten
501801
24.83.22.21